

J-1 Respekt, Räume und Ressourcen – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen

Gremium: GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz, Landesvorstand, Anne Spiegel (KV Speyer), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Daniel Köbler (KV Mainz);

Beschlussdatum: 16.03.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Jugendbeteiligung

- 1 Beteiligung und demokratische Teilhabe von Anfang an – dafür stehen wir GRÜNE.
2 Wir nehmen Kinder und Jugendliche in ihren Anliegen und in ihrer Meinung ernst
3 und wollen daher die politische Beteiligung auch für junge Menschen in
4 Rheinland-Pfalz ausbauen. Um junge Menschen für unsere Demokratie zu begeistern
5 ist es – insbesondere in Anbetracht des derzeitigen Rechtsrucks – besonders
6 geboten, Jugendliche und junge Erwachsene verstärkt in demokratische Prozesse
7 einzubinden.
- 8 Positive Erfahrungen mit unserer Demokratie stärken die demokratische
9 Grundhaltung – gerade in der entscheidenden Jugendphase. Hinzu kommt, dass
10 bedingt durch den demographischen Wandel der Anteil junger Menschen in der
11 Bevölkerung sinkt. Weil viele junge Menschen noch nicht wählen dürfen, fallen
12 ihre Interessen oft unter den Tisch. Dabei sind Kinder und Jugendliche unsere
13 Gegenwart und Zukunft. Und für diese Zukunft muss mehr Politik gemacht werden.
- 14 Wir GRÜNE haben erreicht, dass sich die gesamte Landesregierung dieses Anliegen
15 zum Ziel gemacht hat. Die vom grün geführten Jugend- und Familienministerium
16 entwickelte und von allen Ministerien getragene Jugendstrategie „JES! Jung.
17 Eigenständig. Stark“ beschreibt Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe aller
18 Ressorts auf der Grundlage von drei Leitzielen:
- 19 • Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe in der Gesellschaft
 - 20 • Gewährleistung autonomer Gestaltungsspielräume
 - 21 • Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gestaltungs und Entscheidungsprozessen
- 22 Mit der jugendpolitischen Strategie „JES!“ werden die Belange Jugendlicher in
23 allen Politikbereichen verankert und mitgedacht. Das Programm fördert unter
24 anderem Jugendsozialarbeit, interkulturelle Arbeit, die Partizipation auf
25 kommunaler Ebene, Medienkompetenz, Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und
26 europäische sowie internationale Jugendprojekte.
- 27 Die auf GRÜNE Initiative hin vom Landtag eingerichtete Enquete-Kommission
28 „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ hat in der vergangenen
29 Wahlperiode auf der parlamentarischen Ebene maßgeblich dazu beigetragen, die
30 Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken. Auf ihre Empfehlung hin wurden
31 beispielsweise Kompetenzen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung in der
32 Ausbildung von Erzieher*innen sowie Lehrer*innen verankert.
33 Partizipationsmöglichkeiten in Kitas und Schulen wurden ausgeweitet und der
34 Anspruch auf Bildungsfreistellung für Auszubildende gestärkt.
- 35 Ein wesentlicher Schritt war zudem die auf Initiative der Enquete-Kommission
36 erreichte Absenkung der Altershürde für die Unterzeichnung von

37 Einwohneranträgen. Durch diese Änderung der Gemeindeordnung können nun
38 Einwohner*innen schon ab 14 Jahren für ihr Anliegen Unterschriften sammeln und
39 das jeweilige Thema zum Gegenstand einer Ratssitzung machen. Wir werben dafür,
40 dass diese Beteiligungsmöglichkeit auch und gerade von Jugendlichen stärker
41 genutzt wird, um ihrer Meinung Nachdruck zu verleihen.

42 Grüne Jugendpolitik steht für Respekt, Räume und Ressourcen. Wir begegnen jungen
43 Menschen und ihrer Meinung mit Wertschätzung, ermöglichen und sichern Freiräume
44 für eigene Gestaltungsmöglichkeiten und wir garantieren, dass dafür mehr
45 personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

46 Respekt: Jugendbeteiligung konsequent umsetzen

47 Wir wollen die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen berücksichtigen und
48 faire Teilhabechancen ermöglichen. Deswegen wollen wir die Mitspracherechte der
49 Jugendlichen weiter stärken. Wir wollen auch auf kommunaler Ebene Partizipation
50 von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe verankern. Neben
51 erfolgreichen Projekten im Bereich der Jugendarbeit und gezielten
52 Beteiligungsmaßnahmen muss Jugendlichen eine wirksame Teilhabe vor Ort auch
53 strukturell ermöglicht werden.

54 Leider sind wir von einer flächendeckenden Jugendbeteiligung auf kommunaler
55 Ebene bis auf einzelne Jugendparlamente noch weit entfernt. Jugendparlamente
56 können auf Ebene der Städte und Gemeinden dazu dienen, den Anliegen junger
57 Menschen mehr Raum zu geben. Dafür ist es zwingend erforderlich, dass die
58 Jugendlichen eine verbindliche Ansprechperson in der Verwaltung haben, die sich
59 gemeinsam mit den Jugendlichen darum kümmert, dass ihre Anliegen auch in den
60 Gremien der Kommune ankommen. Jugendparlamente brauchen hierfür auch ein eigenes
61 Budget, das ihnen zur Verfügung gestellt wird.

62 Wir wollen, dass in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung weitergehende
63 Regelungen für die Einrichtung von Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene
64 verankert werden. Nach baden-württembergischem Vorbild sollen Jugendliche die
65 Möglichkeit haben, die Einrichtung einer Jugendvertretung zu beantragen.
66 Kommunale Jugendvertretungen sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in
67 den kommunalen Räten sowie ein Anrecht auf angemessene finanzielle Mittel und
68 ein eigenes Budget haben. Ebenfalls soll die strukturelle Beteiligung bei
69 bestimmten Themen verpflichtend in der Gemeindeordnung festgehalten werden.

70 Demokratische Beteiligung lernen Jugendliche am besten, wenn sie gute
71 Möglichkeiten haben, sich demokratisch zu beteiligen. Das ist gerade in der
72 Schule wichtig, denn dort verbringen junge Menschen einen großen Teil ihrer
73 Lebenszeit. Auch und gerade hier müssen positive Erfahrungen über die
74 Wirksamkeit von politischem Engagement erzielt werden. Auch wenn
75 Demokratiepädagogik und demokratische Mitbestimmung zwei Seiten einer Medaille
76 sind, soll demokratische Mitbestimmung nicht nur ein Element der
77 Demokratieerziehung sein, sondern als Mittel der formal garantierten
78 Einbeziehung unterschiedlicher Interessengruppen an der Schule ernst genommen
79 werden. Dieses Verständnis von Partizipation an der Schule ist auch ein
80 wesentlicher Baustein von inklusiver Schule. Denn die Schüler*innen und Schüler
81 sind nicht als eine geschlossene Interessensgruppe zu verstehen, ebenso wenig
82 wie die Eltern und die Lehrer*innen.

83 Wir GRÜNE wollen daher eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsrechte von
84 Schüler*innen und eine höhere Verbindlichkeit im Rahmen der anstehenden
85 Schulgesetzänderung. Dazu gehört die Stärkung des Schulausschusses als Gremium,
86 in dem Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen gleichermaßen vertreten sind. Wir
87 streben an, die Gesamtkonferenz der Schulen für eine paritätische Besetzung mit
88 allen an der Schule vertretenen Gruppen zu öffnen und daraus ein Schulparlament
89 zu entwickeln. Gremien wie der Klassenrat und das Schülerparlament sollen im
90 Schulgesetz verbindlich festgeschrieben werden.

91 Darüber hinaus wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz den Stellenwert
92 politischer Bildung in und außerhalb der Schule stärken. Das fängt schon bei der
93 frühkindlichen Demokratiepädagogik in den Kindertagesstätten an und soll auch an
94 Grundschulen gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir, dass der
95 Sozialkundeunterricht in der Sekundarstufe an allen Schularten ausgebaut wird.
96 Wir begrüßen ausdrücklich, dass in den Lehrplänen das Thema Kommunalpolitik
97 intensiv behandelt wird. Wir werden uns auch durch eine Stärkung dieses Themas
98 in der Lehrer*innenaus-, fort- und Weiterbildung dafür einsetzen, dass
99 Kommunalpolitik im Unterricht auch überall behandelt wird. Durch die in der
100 Gemeindeordnung verankerte Jugendbeteiligung können wir diese so mit dem
101 Sozialkundeunterricht vor Ort verknüpfen. Dadurch können Schüler*innen das Thema
102 kommunale Politik und Beteiligung praktisch erlernen und stärken das Vertrauen
103 in unsere Demokratie

104 Die Beteiligung junger Menschen ist wichtig für unsere Demokratie. Elf
105 Bundesländer haben das Wahlalter bei Kommunalwahlen und vier davon auch für die
106 Wahl der Landesparlamente auf 16 Jahre abgesenkt. Es ist wichtig, dass
107 Jugendliche mitwirken können, wenn es um wichtige Zukunftsfragen geht. Deshalb
108 werden wir weiter für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen werben und
109 Druck machen. Für uns ist die Blockadehaltung der CDU bei der Absenkung des
110 Wahlalters auf 16 Jahre in der Landesverfassung unverständlich – insbesondere
111 vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen, die durch die Absenkung des
112 Wahlalters in elf anderen Bundesländern gemacht wurden. Junge Menschen beleben
113 mit ihrer Mitbestimmung die Kommunalpolitik – diesen frischen Wind wollen wir
114 auch für die Kommunalwahl 2019.

115 Räume: Vor Ort jungen Menschen Raum geben

116 Jugendliche sind im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überdurchschnittlich
117 häufig ehrenamtlich aktiv. Sie bringen sich vor Ort ein, in Sportvereinen, in
118 der Schule, in Jugendgruppen, bei der Jugendfeuerwehr, in politischen
119 Jugendorganisationen oder bei der Auszubildendenvertretung. Das ehrenamtliche
120 Engagement von Jugendlichen und ihren Verbänden leistet in vielen
121 Lebensbereichen einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unserer
122 Zivilgesellschaft. Schulische und außerschulische Bildungs- und Lernorte
123 ergänzen einander sinnvoll. Selbstorganisation, Selbstwirksamkeit und
124 Teamfähigkeit können hier im besonderen Maße erfahren und entwickelt werden.
125 Daher stellen die verbandliche und die kommunale Jugendarbeit, aber ebenso auch
126 die Jugendsozialarbeit einen unschätzbaren Wert als non-formale und informelle
127 Bildungs- und Lernorte dar. Neben der formalen Bildung sind sie ein fester
128 Bestandteil unserer Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz. Durch den Ausbau der
129 schulischen Ganztagsangebote wachsen gleichermaßen die Möglichkeiten wie auch
130 der Bedarf danach, im schulischen Alltag Freiräume für eigene

131 Gestaltungsmöglichkeiten auszuweiten. Wir wollen formale und non-formale Bildung
132 besser verzahnen und zu kommunalen Bildungslandschaften weiterentwickeln.

133 Ressourcen: Mehr Geld für Jugendliche

134 Wir GRÜNE haben erreicht, dass Jugendpolitik nicht nur politische
135 Querschnittsaufgabe ist, sondern auch mit Geld für mehr Jugendarbeit und
136 Jugendbeteiligung ausgestattet wird. Mit der Erhöhung der Mittel für eine
137 eigenständige Jugendpolitik um jährlich 1 Mio. Euro wird die Jugendstrategie der
138 Landesregierung finanziell untermauert. Damit ermöglichen wir den weiteren
139 Ausbau der kommunalen Jugendarbeit und unterstützen Jugendverbände in ihrer
140 wichtigen Arbeit.

141 Es ist gelungen, die Förderung des Landesjugendrings als Zusammenschluss der
142 Jugendverbände des Landes finanziell zu stärken und die von den Jugendverbänden,
143 auch mit viel ehrenamtlicher Arbeit geleistete Bildungsarbeit besser durch
144 hauptamtliche Kräfte zu unterstützen. Wir haben die Voraussetzungen dafür
145 geschaffen, dass die Jugendarbeit im ländlichen Raum ausgebaut werden konnte und
146 wir haben die Jugendsozialarbeit gestärkt, bei der gezielte Angebote für eine
147 bessere Teilhabe benachteiligter Jugendlicher im Mittelpunkt stehen. Dabei
148 setzen wir auf Ansätze, die Jugendliche bei der Entwicklung eigenständiger
149 Handlungsmöglichkeiten stärken. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch darin,
150 dass gezielt diejenigen Kommunen gefördert werden, die attraktive Möglichkeiten
151 der Jugendbeteiligung entwickeln.

Begründung

erfolgt mündlich